

Neuordnung der Einberufung von Eisenbahnbeamten im Krieg. Die Generalverwaltung hat eine Neuordnung für den Kriegsdienst der Eisenbahnbeamten getroffen, um die ständige Aufrechterhaltung des Verkehrs und die schnelle Eisenbahnaufrechterhaltung im Kriegsfall zu ermöglichen. Nach der Neuordnung werden die Eisenbahnbeamten, die fest angestellt sind, im Kriegsfall vorerst vom Waffendienst entbunden und zum Teil zum Feldpostdienst herangezogen, soweit der Chef des Generalstabs der Armee den Bedarf feststellt. Zu diesem Feldpostdienst werden nur diejenigen Eisenbahnbediensteten herangezogen, die dazu geeignet und nach jeder Richtung hin feldpostfähig sind. Die Auswahl der betreffenden Mannschaften liegt den einzelnen Bahnverwaltungen ob. Diejenigen Beamten, denen eine direkte Bedienung der Eisenbahnzüge nicht obliegt, wie z. B. die Gebührenträger, Schreiber, Bahnbedienstete usw., bilden eine Ausnahme und werden nach den alten Bestimmungen zum Waffendienst herangezogen. Der Eisenbahnbrigade gehen fortan von den Bezirkskommandos die Listen der Beamten der Eisenbahnverwaltung zu. Die Einberufung der Reserveoffiziere und Offizierstellvertreter erfolgt durch Vermittlung des Generalkommandos. Die Listen über die Reserveoffiziers-Abschichten und ihre Übungen gehen durch die Eisenbahnregimentäre auf dem Dienstweg an den Chef des Generalstabs der Armee. Die Neuordnung wurde notwendig durch die große Bedeutung, die in einem zukünftigen Krieg der Eisenbahndienst für die Mobilisierung hat.

Arbeiterfürsorge der Reichseisenbahnverwaltung. Dem Vorgehen der preussisch-hessischen Staatseisenbahnverwaltung, die eine Erhöhung der Leistungen der Abteilung B ihrer Arbeitslosenklasse hat eintreten lassen, beabsichtigt die Reichseisenbahnverwaltung zu folgen und hat das Erforderliche zur Durchführung der Maßnahme im Rechnungsjahr 1911 bereits in die Wege geleitet. Die Kosten stehen noch nicht genau fest. In der nächsten Aufwendung, der preussisch-hessischen Staatseisenbahnverwaltung mit einer Mehrausgabe von 125 000 M für die Arbeitslosenklasse der elsaß-lothringischen Arbeiter und einer solchen von 25 000 M für die Arbeitslosenklasse der Arbeiter der Wilhelm-Ludwig-Bahnen zu rechnen. Die Beträge sind im Etat in Zugang gebracht.

Neue Ausführungsbestimmungen zur Zigarettensteuer. Die seit Einführung der Besteuerung der Zigaretten im Laufe der Jahre gesammelten Erfahrungen können soweit als abgeschlossen gelten, daß zu einer endgültigen Gestaltung der Ausführungsbestimmungen zum Zigarettensteuergesetz geschritten werden kann. Dementsprechend ist wie der „Neuen politischen Korrespondenz“ mitgeteilt wird, im Reichsstatistikamt ein Entwurf zu neuen Ausführungsbestimmungen ausgearbeitet worden, der bereits den Bundesregierungen zur Begutachtung vorliegt. Auch den berechtigten Vertretern des Gewerbes ist er zugegangen, damit den Interessenten Gelegenheit gegeben wird, Wünsche auf Änderungen oder Ergänzungen rechtzeitig geltend zu machen.

England.

Eine Rede Lord Rosebergs. Lord Rosebery sprach in Manchester in der Freilicht-Halle zu einer Versammlung, die von Mitgliedern beider Parteien, größtenteils Kaufleuten, besucht war. Er erklärte, unter der gegenwärtigen Regierung sei es zu einer sehr ernstlichen Beschränkung der persönlichen Freiheit gekommen, einer Beschränkung, der sich die Vorfahren der heutigen Generation niemals unterworfen hätten. Lord Rosebery wies jedoch nachdrücklich auf die Gefahren für den Staat hin, die aus einer irischen, mit fremden Golde gefüllten Herrschaft drohten. Es gäbe keine größere Gefahr für die Freiheit als die Einsetzung einer einzelnen Kammer, wie sie von der Regierung vorgeschlagen worden sei. Nach der Erklärung, die Balfour gestern abgegeben habe, hätten sie eine klare Karte für den Kampf. Die Vergehen der Lords seien nicht so schlimm, wie man behauptet habe. Die bevorstehenden Wahlen seien in leichtfertiger, unüberlegter Weise und ohne Grund verbeigeführt worden. Er selbst sei ein eifriger Befürworter einer starken, demokratischen zweiten Kammer. Hinter der Regierung rufe das riesige Heer des Sozialismus empör, der die Schwärze einer zweiten Kammer zu entfernen wolle. Er beschwichtigte jedoch, das Oberhaus oder seine auf dem Erblichkeits-Prinzip beruhende Zusammensetzung zu betteuligen; er greife es im Gegenteil seit fast 20 Jahren an. Er

Die englische Flottenrüstung. Lord Rosebery erklärte in einer Rede in Manchester, daß die Flottenrüstung der Regierung ein wichtiger Bestandteil der Politik sei. Die Flottenrüstung sei die Hauptaufgabe der Flotte, die die Verteidigung der Inseln gegen die Angriffe der Feinde, besonders aber die Verteidigung der Inseln in Betracht ziehend, die Flottenrüstung zu betreiben, zweitens, die Flottenrüstung zu betreiben.

Die Tarifreform im Reichstag. Lord Rosebery erklärte in einer Rede in Manchester, daß er verlange, daß die Tarifreform, die er vorgeschlagen hat, eine tatsächliche Tarifreform sei, die in beiden Häusern des Reichstags angenommen sei, der Reichstag solle, aber daß er nur das Prinzip der Tarifreform einem Referendum unterbreiten wolle.

Vorläufer.

Weitere Verfahren gegen frühere Minister. Nach Blättermeldungen hat die Regierung gegen den früheren Finanzminister Schönerer und gegen den früheren Generalpostmeister im Finanzministerium Kranz, die um die Aufnahme der Kasse der Königin Maria III. zu schließen, einen Vertrag mit der Depotskasse abgeschlossen und dadurch den Staat betrügerisch geschädigt hatten, ein Gerichtsverfahren eingeleitet.

Sachsenhausen.

Die neue Reichsregierung. Die Nationalversammlung hat eine neue Regierung gewählt, für Schönerer und Kranz. Die neue Regierung besteht aus den folgenden Mitgliedern: Schönerer, Kranz, ...

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom Mittwoch, den 30. Dezember. Zunächst wird über einen Antrag des Abgeordneten in Posen betreffend die Erteilung der Genehmigung zur Erwerbung des Reichsgebietes ...

Darauf wird in 3. Lesung die Vorlage betreffend den Schutz des zur Anfertigung von Reichsbanknoten verwendeten Papiers gegen unbefugte Nachahmung ohne Debatte angenommen und das Haus wandte sich der ersten Lesung des Kurpfälzischen Gesetzes zu, das Staatssekretär Delbriug in einer längeren Begründung dem Hause empfahl. Die Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung damit auch der erste Minister, der Zentrumskoordinator ...

Der ganze Entwurf strotze von einer Überlegung der Zuständigkeit des Bundesrats, und dem müsse das Parlament mit aller Schärfe entgegen treten. Gegen die bisher geliebte Kritik nahm dann Ministerialdirektor Dr. v. Joazeur die Vorlage in Schutz und konstatierte, daß der Entwurf nicht getragen sei von dem Bestreben, einen Stand unserer Erwerbslosen zu bevorzugen und einen anderen zu unterdrücken, sondern daß er nur Wünsche befriedigen wolle. In ähnlicher Weise äußerte sich auch der nationalliberale Abg. Oberbürger Dr. Krüger. Sehr mit Recht wird es darauf hin, daß, wer auf die Reichsrenten losgelassen werde, eine wichtige wirtschaftliche Vorbildung haben müsse. Nachdem zum Schluß noch kurz der Reichsminister Hoesel und der Abg. Rattmann von der Wirtschaftlichen Vereinigung zur Vorlage gesprochen hatten, vertagte sich das Haus zur Weiterberatung der Vorlage und zur Beratung der Interpellation über die Reichsbanknoten.

Die Reichsregierung hat eine neue Regierung gewählt, für Schönerer und Kranz. Die neue Regierung besteht aus den folgenden Mitgliedern: Schönerer, Kranz, ...

Die Reichsregierung hat eine neue Regierung gewählt, für Schönerer und Kranz. Die neue Regierung besteht aus den folgenden Mitgliedern: Schönerer, Kranz, ...

Die Reichsregierung hat eine neue Regierung gewählt, für Schönerer und Kranz. Die neue Regierung besteht aus den folgenden Mitgliedern: Schönerer, Kranz, ...

Die Reichsregierung hat eine neue Regierung gewählt, für Schönerer und Kranz. Die neue Regierung besteht aus den folgenden Mitgliedern: Schönerer, Kranz, ...

Die Reichsregierung hat eine neue Regierung gewählt, für Schönerer und Kranz. Die neue Regierung besteht aus den folgenden Mitgliedern: Schönerer, Kranz, ...